

STEUERBETRUG

Milder Sünden

Der Konflikt um den Kauf von Steueründer-CDs in den Ländern zeigt erneut: Wie hart gegen Steuerhinterzieher durchgegriffen wird, hängt auch vom Sitz der Behörde ab.

Guido Westerwelle ist ein Freund klarer Ansagen. Vor allem in der Steuerpolitik. "Das deutsche Steuer- und Abgabensystem nimmt den Menschen die Luft zum Atmen", wettet der FDP-Chef bei jeder Gelegenheit. Niemand soll einen Zweifel daran haben, wo die Partei in dieser Frage steht.

Ein wenig Klarheit hätte sich der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner auch in einem anderen Punkt gewünscht. Bei der Frage, ob der Staat die Daten von Steueründern ankaufen dürfe oder nicht, könne er bislang eine eindeutige Haltung seiner Partei nicht erkennen, stellte der liberale Verteidigungsexperte bei der Sitzung der Bundestagsfraktion am Dienstag fest.

Umgehend setzte Westerwelle zu einem länglichen Vortrag an. Einerseits sei Hehlerei so strafbar wie Stehlerei. Andererseits müsse man natürlich auch Steueründer bestrafen. Einerseits, andererseits - so ging es fast 20 Minuten lang. Am Ende waren die Abgeordneten so ratlos wie zuvor. Der Parteichef habe "völlig konfus" geredet, aber offenbar eher auf der Linie der Kanzlerin gelegen. "Es war eher kaufen als nicht kaufen", glaubt ein Abgeordneter. Beschwören wollte er das nicht.

Die Unschlüssigkeit des Vorsitzenden spiegelte nur die Zerrissenheit seiner Partei. In Nordrhein-Westfalen hatten die FDP-Minister der schwarz-gelben Landesregierung in Düsseldorf den Kauf einer Steueründer-CD abgenickt. In Baden-Württemberg und Bayern dagegen sträubten sie sich mit aller Kraft gegen einen vergleichbaren Handel.

Geradezu exemplarisch machte der Streit in der FDP in der vergangenen Woche deutlich, dass in Deutschland auch der Wohnort darüber entscheidet, ob hart gegen Steuerbetrüger vorgegangen wird oder nicht.

"Ich mache einen solchen Deal mit Gannoven nicht mit, nur um an Kohle ranzukommen", polterte vergangenes Wochenende etwa Baden-Württembergs FDP-Justizminister Ulrich Goll. Er meinte eine CD mit etwa 1700 Datensätzen, die offenbar Anfang 2009 der Steuerfahndung Freiburg-Land zum Kauf angeboten worden war. Nach Be-

rechnungen des CDU-geführten Finanzministeriums könnte diese CD dem Staat immerhin etwa sieben Millionen Euro einbringen.

Im benachbarten Bayern, wo eine weitere CD mit Daten von angeblich 1000 Steuerflüchtlingen angeboten wurde, drohte die FDP im Landtag bereits mit ihrem Veto, sollte CSU-Finanzminister Georg Fahrenschon einen Ankauf beschließen.

Wenn die Informationen auf kriminellem Weg beschafft worden sind, "muss der Staat nein sagen", meint auch der hessische Justizminister und FDP-Landeschef Jörg-Uwe Hahn. Und in Schleswig-Holstein, wo - schon im Dezember - eine CD mit 363 Datensätzen einem Finanzamt zugespielt wurde, zerstäubte Hahns Parteikollege Wolfgang Kubicki frühzeitig alle Überlegungen seines Koalitionspartners Peter Harry Carstensen, Schleswig-Holstein könne derartige Ware "gegebenenfalls" auch kaufen. Er habe dem CDU-Mann in vertraulicher Runde "ganz klar gesagt, dass das mit uns nicht zu machen ist", ließ Kubicki verbreiten: "Der Staat darf kriminelle Handlungen nicht auch noch belohnen." An der Kieler Förde muss er es auch nicht. Die CD war angeblich gratis. Allerdings ergaben erste Stichproben, dass sie, neben neuen Namen, auch Dopplungen mit den in NRW und anderswo angebotenen CDs enthielt.

Ob sich die liberalen Kaufgegner in den Ländern am Ende durchsetzen können, ist noch offen. Allerdings hat sich in Hessen mit Innenminister Volker Bouffier bereits ein maßgeblicher CDU-Landespolitiker mit einer ähnlichen Position zu Wort gemeldet. Der neue Machthaber in Stuttgart laviert dagegen noch.

"Das ist nichts, was man auf die Schnelle entscheidet", sagte der Christdemokrat Stefan Mappus am Mittwoch unmittelbar nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten. Mappus muss sich nun entscheiden, wen er gleich zu Beginn seiner Amtszeit eher verprellen will: den liberalen Koalitionspartner in Stuttgart oder die Kanzlerin in Berlin, die den Kauf von Steueründerdaten unterstützt.

Doch selbst wenn Baden-Württemberg oder Bayern keine Daten ankaufen sollten - Ermittlungen gegen mutmaßliche Steueründer werden sie dadurch nicht verhindern können. Die Anbieter, glaubt ein süddeutscher Steuerfahnder, würden sich dann eben an andere Landesregierungen wenden. Und sobald den Behörden eine Straftat bekannt wird, müssen sie ermitteln. Ob sie wollen oder nicht.

Allerdings bestehe die Gefahr, befürchtet der Fahnder, dass über eine erneute Prüfung des Materials und lange Verkaufsverhandlungen so viel Zeit vergehe, dass der ein oder andere Fall schon verjährt sei, bis die kompletten CDs schließlich in den Finanzbehörden ankämen.

Für viele Ermittler ist es kein Zufall, dass vor allem die süddeutschen Länder bei der Verfolgung von Steuerflüchtlingen so zögerlich sind. Den Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wird seit Jahren vorgeworfen, sie hielten ihre Steuerverwaltungen bewusst knapp, um für Spitzenverdiener und Unternehmen als Standort attraktiver zu sein.

Vor einigen Jahren glich die Gewerkschaft Ver.di die Zahl der Steuerfahnder pro Bundesland mit der Zahl der dort lebenden Einwohner ab. Dabei landeten neben dem kleinen Saarland und Niedersachsen die wirtschaftsfreundlichen Südländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen auf den hinteren Plätzen mit einer sehr niedrigen Steuerfahnderquote.

Auch der Bundesrechnungshof kritisiert seit Jahren die lasche Haltung vieler Bundesländer gegenüber potentiellen Steuerhinterziehern. Vor allem bei der Umsatzsteuer, die zum Betrug geradezu einlädt, werde viel zu wenig kontrolliert, klagte die Bonner Behörde.

In einem Gutachten kritisieren die Rechnungsprüfer einen "mangelnden Einsatz" der Landesbehörden, der zu einer "niedrigen Prüfungsquote von jährlich 2 Prozent im Bundesdurchschnitt" führe. Die Unternehmen konnten damit rechnen, im Schnitt nur alle 50 Jahre auf Mauscheleien mit der Umsatzsteuer überprüft zu

werden. Und wieder waren es die Südländer, die besonders schlecht abschnitten. Ganz hinten landete Bayern mit einer Prüfquote von nur 1,3 Prozent, knapp hinter Hessen mit 1,35 Prozent.

Sehr viel habe sich seitdem nicht verändert, sagt der Nürnberger Steuerfahnder und Ver.di-Experte Werner Stupka. Inzwischen gibt es zwar eine Arbeitsgruppe der Länder, die bundesweite Standards für die Personalausstattung der Finanzbehörden festlegen soll. Aber in vielen Ländern werde sogar das von ihnen selbst geforderte Niveau weit unterschritten. In Bayern, sagt Stupka, fehlten gegenüber den Vorgaben noch immer fast 120 Fahnder und mehr als 700 Betriebsprüfer.

Die Landesregierung in München räumt ein, dass "in der Steuerverwaltung in der Vergangenheit Stellen abgebaut" wurden. Der Grund dafür seien "Automatisierungen und verschiedene organisatorische Maßnahmen". Bei der Steuerfahndung dagegen habe man in den vergangenen Jahren die Kräfte sogar verstärkt.

Doch selbst durch mehr Personal werde "das strukturelle Problem der Steuerverwaltung in den Ländern nicht gelöst", warnt Andreas Krull, Sprecher des Bundesrechnungshofs. Nach wie vor hätten die Länder "kein ausreichendes Eigeninteresse daran, die Steuern vollständig und rechtzeitig zu erheben". Denn einen großen Teil ihrer Steuereinnahmen zieht ohnehin der Bund ab, der

Rest wird weitgehend über hochkomplexe Verteilungssysteme wie den Länderfinanzausgleich flächendeckend über die Republik verteilt.

Ein Land, das hart gegen Steuersünder durchgreift und oft kontrolliert, muss also nicht nur die Kosten einer gutausgestatteten Steuerverwaltung selbst übernehmen. Es handelt sich auch noch den Ärger mit den dort ansässigen Bürgern und Unternehmen ein - und muss am Ende einen großen Teil der Mehreinnahmen an andere Länder abgeben, wie etwa Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar kritisiert.

So wursteln die Länder beim Steuereintreiben weiter lustlos und unkoordiniert vor sich hin. Der Versuch, wenigstens das bundeseinheitliche Computersystem "Fiscus" in den Ländern zu installieren, wurde 2005 nach 13 Jahren Vorbereitung und Ausgaben von 400 Millionen Euro eingestellt. Auch das Nachfolgeprojekt "Konsens" droht im Streit der 16 verschiedenen Länderverwaltungen zu verenden.

Der Bundesrechnungshof sieht nur einen Ausweg aus dem Dilemma. Der Bund müsse die Verantwortung für die Steuerverwaltung zentral übernehmen und dafür sorgen, dass überall gleiche Standards gelten. Doch die Idee stößt auf erbitterten Widerstand der Ministerpräsidenten, die verbissen um ihre ohnehin dürftigen Machtbefugnisse im Bundesstaat kämpfen.

Allerdings müssen auch Landespolitiker inzwischen erkennen, dass steuerpolitische Alleingänge beim Datenankauf nicht ganz ohne Risiko sind. Gegen den baden-württembergischen FDP-Justizminister Goll etwa hat der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Bebbler bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft Strafanzeige gestellt. Goll sorge mit seinen Einwüfen dafür, dass die Ermittlungen gegen "Steuermillionenbetreiber" zumindest verzögert, wenn nicht gar verhindert würden, und mache sich damit strafbar wegen "Strafvereitelung im Amt".

Währenddessen plagen die Wuppertaler Steuerfahnder ganz andere Sorgen. Wie wird ihr geheimnisvoller Informant darauf reagieren, dass wochenlang über sein Angebot öffentlich berichtet wird? Der Anbieter der knapp 1500 Kundendaten der Schweizer Credit Suisse ist offenbar extrem vorsichtig.

Nur wenn ein Mittelsmann sich meldet, können die Fahnder Kontakt zu ihrem Informanten aufnehmen. Der Ankauf der Daten kann deshalb noch Wochen dauern. Wie und wann die 2,5 Millionen Euro übergeben werden, ist noch unbekannt. Nur die Abgaben auf das Honorar stehen schon fest: Einen pauschalen Steuersatz von zehn Prozent will der Düsseldorfer Finanzminister gleich einbehalten. MATTHIAS BARTSCH,

SIMONE KAISER, GUNTHER LATSCH, MARCEL ROSENBACH, BARBARA SCHMID